

# Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag  
Bezugspreis in Elbing frei Haus  
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich  
1.60 Mark; bei den Abholstellen 4.20  
bzw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.  
Anzeigenpreis: einspaltige Peti-  
zeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei  
für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.  
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste  
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.  
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 30

Mittwoch, den 26. November 1919

1. Jahrgang

## Was der Tag bringt

**Der Berliner Matrosenmord.** In der Untersuchungssache gegen den Oberleutnant Mar-Loh wegen Totschlags (Erschießung von Angehörigen der Volksmarine-Division in der Französischen Straße 32 am 11. März 1919) findet die Hauptverhandlung vor dem Kriegsgericht der Reichswehrbrigade 3 am Mittwoch, den 3. Dezember 1919, im großen Schwurgerichtssaal des Landgerichts 3, Berlin, Turmstraße 91 (Neues Kriminalgericht, Sitzungssaal 664), statt.

**Schwindel.** Die Gesandtschaft der ukrainischen Volksrepublik in Deutschland teilt folgendes mit: Die aus K o s t o w am Don stammende Nachricht, daß eine Gruppe der galizischen Armee von 20 000 Mann, die den linken Flügel der Armee Petljuras bildeten, zu Denikin übergegangen ist, ist, wie von zuverlässiger Seite gemeldet wird, vollständig erfunden. Vielmehr nimmt den neuesten Nachrichten aus Kamenez Podolskij zufolge, die galizische Armee, die zu den Kerntrouppen der ukrainischen Nationalarmee gehört, hervorragenden Anteil an den letzten Kämpfen der ukrainischen Truppen gegen Denikin.

**Rückkehr des baltischen Geständels.** Aus dem Baltikum haben bisher drei Lazarettzüge die Grenze passiert, zwei behelfsmäßige und ein etatsmäßiger. Einer der behelfsmäßigen brachte 772 Leichtverwundete, die in Tilsit, Insterburg und Königsberg untergebracht wurden, da in den Zügen nicht genügend für die Insassen gesorgt werden konnte. Der zweite Lazarettzug mit 232 Leichtverwundeten wurde nach Angerburg weitergeleitet und dort ausgeladen. Der etatsmäßige Lazarettzug, der in Königsberg eintraf, brachte 40 Leichtverwundete, 154 Schwerverwundete und 50 Geschlechtsstranke. Der Zug wurde in der Richtung Breslau weitergeleitet. Sämtliche Lazarettzüge haben Mittau verlassen, bevor die Kampfhandlungen dort einsetzten. Die Lage der noch in Litauen und Kurland befindlichen Landesverräter soll sehr schlecht sein.

Der rechte Flügel steht bei Kruki in Verteidigung gegen Angriffe von Nordosten und überholende Angriffe aus Südosten. Der linke Flügel hält die Bahn Mittau-Schaulen. Hier sind fünf aus Mittau kommende Flüchtlingszüge von den Litauern zusammengepackt worden; bisher sind hier 50 Tote und 150 Verwundete gemeldet.

Die alldeutschen Heßblätter fordern von der Regierung, sie solle den Meuturern Truppen zu Hilfe senden. Die Regierung lehnt das ab. Sie erklärt: „Die Ostseeblockade ist sicher auf das Konto dieser Vorgänge im Baltikum zu setzen. Die Behandlung der Kriegsgefangenenfrage ist auch durch diese Vorgänge im Baltikum in einer für die Kriegsgefangenen sehr nachteiligen Weise beeinflusst worden, und endlich hat neulich die Entente-Kommission auf ein Verlangen deutscher Kaufleute, ihnen Kredit einzuräumen, in einer Note geantwortet, daß von Kreditgewährung keine Rede sein könnte, solange entgegen den Abmachungen mit dem Verbands deutsche Truppenverbände es ablehnten, sich innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches zurückzuziehen.“

**Die rote Fahne** amtlich wird mitgeteilt, daß Druck und Vertrieb der roten Fahne im Interesse der öffentlichen Sicherheit auf Grund des § 9 b des Belagerungszustandsgesetzes vom 4. 6. 1851 seitens des Oberbefehlshabers verboten ist.

Es hat den Anschein, als ob man mit diesem erneuten amtlichen Hinweis auf das Verbot der roten Fahne den Feldzug gegen Drucker und Verbreiter der Zeitung eröffnen will. Die Regierung fügt mit dem dauernden Verbot der roten Fahne ein neues Rufmesblatt in den Kranz ihrer arbeiterfeindlichen Handlungen.

**Ein Weihnachtsgeschenk.** Nach einer Mitteilung der Regierung soll das Betriebsrätegesetz noch vor Weihnachten verabschiedet werden, um Beruhigung in die Reihen der Arbeiter zu tragen und der Arbeiterschaft ein soziales Weihnachtsgeschenk in den Schoß zu legen. — Nein, werden sich die Kindlein freuen . . .

**Höllenhund Militarismus.** In der Rechtssozialistischen Bielefelder Volkswacht lesen wir in einem Artikel, der den „abgerundtesten“ Fall Deutschlands auf das Bitten des Militarismus zurückführt, folgendes Gelöbnis: „Darum sei jeder Gedanke, den unsere vom Schöpfer zum Tag hinabgedrückte Arbeit uns belassen wird, darauf gerichtet, alles, was nur im Entferntesten an den unseligen Höllenhund Militarismus erinnert, mit Ingrimm, ja mit tödlichem Haß zu bekämpfen; hinweg mit den blutigen Waffen, trage sie wer sie will und zu was immer für einen Zweck!“ Das ist freilich eine bequeme Methode! Man bekämpft den Militarismus in tönenden Worten, duldet aber, daß die Waffen, die man selbst nicht tragen will, von anderen geführt werden. Von den Reaktionen aller Sorten nämlich, die jetzt munter dabei sind, das militärische System in vollem Umfange weiter vorzubereiten! Herr Rostke ist dabei der spiritus rector.

**Kreis Bitterfeld** Unter Berufung auf ihre Arbeitswilligkeit hatten Vertreter der Arbeiterschaft des Anilinwerkes in Wolfen bei Bitterfeld verlangt, daß am Bußtage der Betrieb weitergeführt werden solle. Die Verleitung hatte dies abgelehnt. Darauf drang eine vielhundertköpfige Menge in das umfriedete Besitztum des Direktors und zwang diesen, die Arbeiterstätten freizugeben. Darauf sind jetzt Truppen der Reichswehrbrigade 16 (Freiwiliges Landesjägerskorps) in Wolfen eingerückt. Die Belegschaft des Anilinwerkes Wolfen trat in den Aufstand und verlangte die Zurückziehung der Truppen und die Aufhebung des gerichtlichen Haftbefehls gegen den Rädelsführer Haar.

## Der Machtwahn

Von Alfred Braunthal.

Die Rechtssozialisten haben der Reaktion den Weg geebnet, mehr noch, ihr die Waffen in die Hand gedrückt, indem sie ihr den Militär- und Verwaltungsapparat wieder in die Hände gespielt haben. Jetzt wird ihnen vor den Geistern, die sie riefen, ein wenig bange und sie sehen sich vorsichtig nach links um Hilfe um. Ja, sie waren unverschämt genug, in den Versammlungen, die sie am 16. November zur Abwehr der Reaktion in Berlin abhielten, den Unabhängigen vorzuwerfen, daß sie sie in ihrem „Kampfe“ gegen die Reaktion nicht genügend unterstützten. Daß die Unabhängigen es gewesen sind, die vor allem in der „Freiheit“, Tag für Tag auf die Gefahren, die von rechts drohen, hingewiesen haben, die einzigen, die z. B. die Drahtzieher des baltischen Abenteuers erkannt, ihre Absichten durchschaut und einen ununterbrochenen Kampf gegen sie geführt haben, wird dabei geflissentlich übersehen. Wir dürfen darüber Genußnahme, aber nicht Schadenfreude empfinden. Was nützt es uns, wenn wir mit unseren unaufhörlichen ungehört verhallenden Warnrufen vor der Reaktion Recht behalten sollten, da wir, da die Arbeiter es doch sind, die die Suppe, die ihnen von den Rechtssozialisten eingebracht wurde, auslöffeln müßten?

Es ist nur natürlich, daß die Rechtssozialisten gegenüber der wachsenden, immer kühner ihr Haupt erhebenden Reaktion, die sie in ihrer Macht zu bedrohen oder vielmehr ihrer Scheinmacht zu entkleiden droht, nun den Anschluß nach links in Erwägung ziehen und daß heute wieder viel von Einigung gesprochen wird. So berechtigt die Abneigung aller Klassenbewußten Arbeiter dagegen ist, mit Leuten, die die Interessen des Proletariats im Stich gelassen, ja systematisch verraten und verkauft haben, auch nur an den Verhandlungstisch zu setzen, so erfordern es doch die Interessen des Proletariats, im gegebenen Falle alle diese seelischen Hemmnisse zu überwinden. Denn daß die Sache des Proletariats durch die Einigung auf der von uns aufgestellten Grundlage unendlich gefördert wurde, ja daß die schließliche Einigung überhaupt die Voraussetzung für eine entscheidende Vorwärtsentwicklung der Revolution, die einzige Möglichkeit, zur Diktatur des Proletariats und zum Sozialismus zu kommen, ist, muß jedem klar sein, der die Kräfteverhältnisse richtig abzuschätzen vermag, der weiß, welche ungeheuren Widerstände das Proletariat auf seinem Wege zum Sozialismus zu überwinden hat. Die Einigung ist und bleibt für das Proletariat eine Lebensfrage.

Da wir uns klar und deutlich darüber ausgesprochen haben, welche Voraussetzungen bei den Rechtssozialisten erfüllt sein müssen, damit über diese Frage überhaupt in eine Diskussion eingegangen wird, erübrigt sich heute noch die Diskussion darüber. Dennoch dürfen wir nicht unterlassen zu untersuchen, welche Hemmnisse auf der anderen Seite zu überwinden sind.

Am 9. November 1918 hat das Proletariat in Deutschland vorübergehend die Macht erobert. Die ganze Regierungsgewalt lag in den Händen von Beauftragten des Proletariats. Da aber die Rechtssozialisten vor den Konsequenzen der Revolution zurückschreckten, da ihnen vor der Energie, mit der das Proletariat den kraftvollen Widerstand der Bourgeoisie zu brechen entschlossen war und vor den Erschütterungen des wirtschaftlichen und des ganzen gesellschaftlichen Lebens, die damit notwendigerweise verbunden waren, bange, wichen sie vor der Bourgeoisie zurück und warfen in ihrem Dienste und mit ihrem Machtapparat die revolutionären Bewegungen des Proletariats nieder. Als die Grundzüge dieser revolutionären Entwicklung der Dinge sichtbar wurden, zogen die unabhängigen Mitglieder der Regierung natürlich die Konsequenz daraus und traten aus der Regierung aus. Die Mehrheitssozialisten blieben aber weiter an der Spitze der Regierung, die auf Grund des Ergebnisses der Wahlen in der Nationalversammlung zu einer Koalitionsregierung umgebildet wurde.

Warum blieben die Rechtssozialisten in der Regierung und warum sind sie bis heute noch darin geblieben? Warum haben nicht auch sie die Konsequenzen aus der Umwälzung der Machtverhältnisse gezogen? Das kann ihnen doch nicht verborgen geblieben sein, daß, wie die Machtverhältnisse heute liegen, proletarische Politik nicht in der Regierung sondern nur gegen die Regierung gemacht werden kann. Es kann doch nicht zweifelhaft sein, daß der ganze bürokratische- und Militärapparat, den nicht die Regierung, sondern der die Regierung in Händen hat, niemals als Werkzeug für, sondern nur gegen die Interessen des Proletariats brauchbar ist. Und in der Tat richten sich ja auch die Mittel, mit denen die Regierung heute noch ihre Herrschaft aufrecht hält — der Belagerungszustand, die Zensur, die Schutzhaft etc. — in ihrem Endeffekt durchweg gegen das Proletariat. Sie sind der letzte, verzweifelte Versuch der alten Gesellschaft, dem Aufsturm des Proletariats Dämme gegen sie zu setzen. Daß die alte Gesellschaft mit diesen terroristischen Mitteln kämpft, kann man noch begreifen, da es ihr ans Leben geht. Es ist eben ein Kampf hart auf hart. Was aber haben Leute, die sich auch Sozialdemokraten nennen, in einer solchen Regierung zu tun? Wir müssen uns darüber Rechenschaft geben, um so mehr, als wir uns nicht darüber hinwegtäuschen dürfen, daß diese Leute nicht bloße Strohmannen sind, sondern noch von einer nicht zu unterschätzenden Schicht des Proletariats gestützt werden.

Ich glaube, daß diese merkwürdige Erscheinung, daß an der Spitze einer Regierung, die planmäßig die Niederwerfung des Proletariats ins Werk setzt, Vertreter der Arbeiterschaft stehen, nur so erklärt werden kann, daß sowohl diese Vertreter als die Teile der Arbeiterschaft, die sie vertreten, sich von einem Wahne blenden lassen, einer Art von Nachtrausch. Es ist seit jeher die hervorragendste, aber beschämendste Charaktereigenschaft des Deutschen, die unserm Volke schon soviel Unheil gebracht und die furchtbare Lage, in der es sich jetzt befindet, mitverschuldet hat, sich von der Macht imponieren und blenden zu lassen, sowohl von der Macht, die über ihn gesetzt ist und der er sich blind ergibt und vertraut, als auch von der Macht, die sich in seinen Händen befindet oder die er in seinen Händen glaubt. Daß sich an der Spitze der Regierung, ja auf dem Präsidentensuhle, dem Symbol der höchsten Macht, der souveränen Staatsgewalt, Sozialdemokraten befinden, erfüllt die Leute dieses Schlags im rechtssozialistischen Lager mit ehrfürchtigen Schauern und wiegt sie in den Wahn, daß damit auch die tatsächliche Macht im Staate in ihren Händen sei. Sie sehen nicht oder übersehen geflissentlich, daß sie diese Staatsmacht nur in dem Grade und auf die Art und Weise ausüben können, wie es den Inhabern der Macht im Staate, der Bourgeoisie gefällt, die mit Hilfe der Bureaucratie und des Militarismus den Staat heute noch genau so beherrscht wie vor dem 9. November 1918. Sie sehen nicht, daß der Bourgeoisie die Teilnahme von „Sozialisten“ an der Regierung nur deshalb willkommen ist, weil sie ihr die Opposition des Teiles des Proletariats, der sich vom Machtwahn noch blenden läßt, vom Leibe hält und die des Klassenbewußten Teils des Proletariats erschwert. Die Bourgeoisie kann sich den Lügen dieser Regierung leisten, weil schließlich ja doch nur das geschieht, was in ihrem Interesse liegt.

In der Tat, die Koalition, auf Grund deren die Regierung gebildet ist, legt nur den Sozialdemokraten Opfer auf, sie zwingt sie, Schritt für Schritt vor den Interessen der Bourgeoisie zurückzuzweichen, eine Politik zu verfolgen, die nicht nur nicht sozialistisch ist (damit haben sie sich ja sehr schnell abgefunden und ihren „Sozialismus“ vorläufig zugunsten von „Ruhe und Ordnung“ zurückgestellt), sondern geradezu arbeiterfeindlich. Ein Schulbeispiel dafür ist das Werden des Betriebsrätegesetzes. Wie kann es eine Arbeiterpartei verantworten, in einer Regierung zu bleiben, die ihren partei verahmen Gesetzentwurf in ein ausgeprochen arbeiterfeindliches Gesetz sich verwandeln sieht, für dessen Durchführung sie zu sorgen haben wird? Man muß schon ganz vom Nimbus der Macht verblendet sein, um nicht einzusehen, daß in einem Staate, in dem die ganze Gewalt in den Händen der Bourgeoisie liegt, eine Arbeiterpartei in der Regierung nichts zu suchen hat, daß ihr der Anteil an der Regierungsgewalt nichts nützt, sondern nur Schaden kann, weil sie dadurch gehindert wird, in Opposition zu diesem kapitalistischen Staat zu treten und den Kampf gegen den Kapitalismus erfolgreich durchzuführen.

Aber die Verblendung ist nicht unheilbar. Die Vorgänge der letzten Zeit, da die Reaktion unerblümt der Regierung zu verstehen gegeben hat, daß sie eigentlich den Machtapparat in Händen hat und ihn die Regierung nur soweit spielen läßt, als es ihr paßt, müssen auch den Blinden sehend machen. Wir haben unsere Politik darauf einzustellen, diesen Heilungsprozeß zu befördern. Ist er vollkommen gelungen — und es ist dies nur eine Frage der Zeit —, dann werden die Voraussetzungen für eine Einigung des Proletariats gegeben sein.

## Soll der Mord an Haase ungesühnt bleiben?

Offenbar ist hier etwas zu vertuschen. Aufklärung verlangt nun Genosse Dittmann in einem Offenen Brief an den preußischen Justizminister in der Freiheit:

Herr Minister!  
Sie wissen, daß der Herr Abgeordnete Haase das Opfer eines Attentats geworden ist, das am 8. Oktober vor dem Reichstage von einem Lederarbeiter namens Boß gegen ihn verübt wurde. Sie wissen auch, daß sofort in der Presse behauptet wurde, der Täter sei geisteskrank und das Attentat sei „völlig unpolitisch“. Sie wissen ferner, daß im Gegensatz dazu das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, deren Vorsitzender Herr Haase war, in einem Aufruf erklärt hat, das Attentat sei nur möglich gewesen bei einer politischen Atmosphäre, in der die Revolutionäre als vogelfrei gelten und ihre Würder frei ausgehen.

Mehr als fünf Wochen sind seit dem Attentat verfloßen. Was ist in dieser Zeit geschehen, um die Sache aufzuklären? Da die mit der Untersuchung betrauten Organe Ihnen unterstellt sind, richte ich diese Frage an Ihre Adresse, Herr Justizminister.

Den Pressemitteilungen über die Untersuchung möchte ich keinen Glauben schenken, denn nach ihnen hätte die Staatsanwaltschaft mit der Vernehmung des Täters und der Fürsorge für ihn den Fall als erledigt betrachtet. Am Todestage des Herrn Abg. Haase berichtete die Presse, daß bereits ein Gutachten des Herrn Professor Straßmann vorläge, nach welchem der Täter „strafausschließend geisteskrank“ sei, so daß er



**Volksabstimmung neu gewählt.** Die Wahlvorschläge (zwei) erfolgen durch das Parlament. Im Falle des Ablebens des Staatsoberhauptes werden die ihm zugewiesenen Staatsgeschäfte von dem „Rat der Drei“ geführt. Dieser „Rat der Drei“ besteht aus dem Parlamentsmarschall, dem Ministerpräsidenten und dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes. Ist das Staatsoberhaupt länger als drei Monate an seiner Amtsführung behindert, beruft das Parlament den „Rat der Drei“ ein. Das Staatsoberhaupt, zu dem jeder polnische Staatsangehörige nach vollendetem 41. Lebensjahre gewählt werden kann, ist weder in politischer noch in sonst einer Beziehung dem Staate verantwortlich. Er ist Oberkommandierender der gesamten Wehrmacht. Ihm zur Seite steht die sogenannte „Wacht des Rechts“. Sie setzt sich zusammen aus 60 Personen, die zur Hälfte vom Parlament gewählt, zur Hälfte vom Staatsoberhaupt ernannt werden. Die Mitglieder der „Wacht des Rechts“ brauchen nicht Mitglied des Parlaments zu sein. Der „Wacht des Rechts“ steht das Vetorecht zu.

## Italien

### Italiens künftige Politik

Italien hat ausgesprochen kriegsfeindlich gewandelt. Der Nationalismus hat ausgespielt, ja mehr, die Anhänger des bürgerlichen Pazifisten Giolitti gehen stark geschwächt aus dem Wahlkampf hervor, auch der bürgerliche Pazifismus ist erlegen, es triumphiert die sozialistische Internationale. Aber Italien hat auch bolschewistisch gewählt, denn die sozialistische Liste enthielt als für die Analphabeten vorgeschriebenes Wahrzeichen das Wappen der russischen Sowjet-Republik, den Hammer und die Sichel von Weizen umkränzt. Die so gekennzeichnete Liste rückt mit 167 Mandaten in das Parlament. Damit sind die Sozialisten die stärkste Partei Italiens, denn es ist ein Trugschluss, die 177 Liberalen als eine Partei zu bezeichnen, sie sind ein programmloser Wirwar der verschiedensten Richtungen, die sich aufs heftigste aus rein persönlichen Gründen befähden. Geschlossen sind nur noch die Klerikalen, die als katholische Volkspartei zum ersten Male geschlossen im Wahlkampf erschienen und durch die Erringung von 97 Mandaten einen großen Sieg erfochten haben.

Die künftige Politik Italiens kann aus dieser Zusammenfassung der Kammer unschwer vorausgesagt werden. Eine Regierung, die sich etwa auf bürgerliche Parteien und das italienische Zentrum stützt, ist in Italien nicht denkbar, weil einmal die Liberalen die heftigsten Gegner der Klerikalen sind und zum andern diese Liberalen unter sich viel zu uneinig sind, um einen Block bilden zu können, auf den die Regierung sich stützt. Das Kabinett Nitti hat sich bereits vor der Wahl auf die Klerikalen und Sozialisten gestützt. Es wird zwar eine gewisse Rekonstruktion nach dem Zusammentritt des Parlaments erfahren, an dieser Tendenz wird aber nichts geändert werden können.

Italien wird stark sozialistische Politik treiben, denn die Klerikalen, die mit sozialen Versprechungen ihre Wahl gemacht haben, werden keinen allzu heftigen Widerstand leisten.

Und Italien wird pazifistische Politik treiben. Unsere italienischen Genossen haben ferner erkannt, daß die Politik, die sie auf Tod und Leben der Entente verlaufte, lediglich den Interessen des Weltkapitalismus und des Entente-Imperialismus diene. Die Enttäuschung, die der Krieg gebracht hat, hat alle Sympathien nicht nur für künftige Kriegspolitik, sondern auch für die Anlehnung an die Entente erschlagen. Italien wird eine Außenpolitik treiben, die nicht mehr im Dienste der Entente und des englischen Imperialismus steht, ja, man kann sagen, daß die französischen Wahlen, die Frankreich zu dem Land mit der reaktionärsten und antisozialistischsten Kammer Europas machen, eine gewisse antifranciaische Politik Italiens zur Folge haben werden. Unsere italienischen Genossen werden die Revision des Friedensvertrages fordern und europäische Friedenspolitik treiben. Italien wird sich Deutschland und Rußland nähern um so schneller, je deutlicher es wird, daß Amerika die Einmischung in europäische Verhältnisse ablehnt, um so erfolgreicher, je eher es gelingt, den Bürgerkrieg in Rußland zu beenden und den sozialistischen Staat aufzubauen. Sollten in Deutschland aber wieder Reaktion, Monarchismus und Feudalismus, Gegenrevolution und Militarismus ihr Haupt erheben, so wird die deutsch-italienische Verständigung aufs neue gestört und unmöglich gemacht werden. Nur eine ehrlich sozialistische Politik wird eine gesunde Basis bilden für die Verständigung Deutschlands mit Italien.

## Zu und um Elbing

### Rostegardisten nach Pösilge

Aus Pösilge wird uns telephonisch gemeldet, daß dort ein Landarbeiterstreik ausgebrochen ist. Obwohl keinerlei Gewalttätigkeiten vorgekommen sind, haben von Stufm kommend, 40 Rostegardisten im Dorfe Quartier genommen. — Ihr Herr und Meister hat noch vor kurzem versichert, er misse sich nicht in wirtschaftliche Kämpfe. Pösilge ist ein neuer Beweis für die Wahrhaftigkeit seiner Beteuerungen.

Kurz vor Schluß der Redaktion erhalten wir noch folgendes Telephonat aus Pösilge:

Pösilge hat Garnison. Trotzdem im Ort sehr viele Arbeiter arbeitslos sind, beschäftigen die hiesigen Bestzer eine größere Anzahl Ortsfremde. Im Auftrage des Arbeiterrats von Pösilge lud der Genosse Mankowski folgedessen die Arbeitslosen und auch die Besitzer zu einer gemeinsamen Besprechung ein. Die Besitzer erachteten es nicht ir nötig zu erscheinen. Sämtliche Landarbeiter, Frauen und Männer von Pösilge beschlossen nun, sich mit den Arbeitern solidarisch zu erklären und traten heute früh in den Streik. Sofort erschienen 40 Rostegardisten mit allen Mordwerkzeugen bewaffnet, bereit ihr Handwerk zu beginnen. Doch die Pösilger Arbeiterschaft wird ihnen nicht Gelegenheit dazu geben. Im Gegenteil, sie erfreut sich ihres Anblicks, denn die schöne und „grüne“ Soldaten haben sie im Kriege nicht kennen gelernt, trotzdem sie alle Soldaten gewesen sind. Die ostoten scheinen ihren Daseinszweck nur als Samstagsreise zu betrachten, während die Kommandierenden (Hauptmann, Leutnant und andere höchste Herrschaften) von der Wichtigkeit ihrer Mission vollständig durchdrungen sind, denn des Telephongespräch wird sorgsam beobachtet, allerdings lassen sie auch oft etwas Unangenehmes hören. Gelegenheit zum paucieren wird ihnen in Pösilge nicht geboten werden und sollte oste trotzdem einen Orden an sie verschwenden, so ist das unverantwortliche Vergeuden des für die Industrie so wichtigen Roh-

materials. Heute, Mittwoch nachmittag soll eine Verhandlung stattfinden. Der Gemeinde Pösilge würden durch die Arbeitslosen große Kosten erwachsen, wenn sie nicht untergebracht werden. So steht es mit der Landarbeiternot in Deutschland aus, skandalös sind diese Zustände. Roste ist und bleibt der Schutzpatron der sabotierenden Agitarier.

### Aus den Elbinger Volksschulen

Aus unserem Leserkreis wird uns geschrieben: In letzter Zeit häufen sich die Klagen der Arbeiterkinder über unberechtigte Vorhaltungen, die ihnen seitens unserer Jugendberzieher und mehr noch Erzieherinnen gemacht werden. Bei jeder passenden oder vielmehr unpassenden Gelegenheit wird ihnen vorgehalten, daß ihre Väter in der Fabrik „doch viel verdienen“ und es den Eltern ein Leichtes sein müßte, die manchmal oft recht überflüssigen Ausgaben für Lernmittel zu beschaffen. Die Eltern haben gewiß ein Interesse, daß ihre Kinder, um später den schweren Kampf des Lebens aufnehmen zu können, sich in den Besitz der notwendigen Kenntnisse setzen. Ist es nun aber Unkenntnis oder Bosheit des Lehrpersonals, daß es den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen des überwiegenden Teiles der Bevölkerung nicht Rechnung tragen will? Es dürfte den Lehrpersonen doch nicht unbekannt sein, daß es den Familiensvätern, die mit einer größeren Kinderzahl „beglückt“ sind, unendlich schwer fällt, allein für die notwendigen Lebensunterhaltskosten zu sorgen. Welches sind denn die „hohen Löhne“, die tatsächlich verdient werden? Mit einem Wochenlohn von 100—110 Mark bei einer Familie von 6—8 Köpfen ist doch sicher nichts anzufangen. Die in der gestrigen Nummer der Volksstimme veröffentlichte Aufstellung, die gewiß nicht eine zu glänzende ist, zeigt wohl deutlich, daß es einer vierköpfigen Familie schon unmöglich ist, mit den heutigen Löhnen bei der ständig steigenden Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände auch nur das Notwendigste zu beschaffen. In wieviel größerem Maße muß dieses aber für die Familien zutreffen, die mit einer noch größeren Zahl von Kindern „mitesegnet“ sind. Unser Programm fordert deshalb auch: „Unentgeltlichkeit der Lernmittel“. Wer für diese Forderung einzutreten gewillt ist, darf am Wahltag seine Stimme nur für die Liste Baude-Röhler abgeben.

## Parteigenossen!

### Heraus zum Kampf!

Die Bürgerlichen wollen mit allen Mitteln verhindern, daß Sozialisten in überwiegender Mehrheit ins Stadtparlament einziehen!

Die Pflicht eines jeden Parteigenossen und Arbeiters ist es, sich zur Wahlhilfe zur Verfügung zu stellen. Meldet euch in Scharen am Donnerstag 6 Uhr im kleinen Saal des Volkshauses bei euren Bezirksführern zur Einteilung der Wahlarbeit!

### Freiwillige vor!

### Das Urteil der Wähler

Von den bisherigen Stadtverordneten sind 23 wieder aufgestellt worden. Und von den 23 haben nur 11 einigermaßen sichere Stellen in den Kandidatenlisten erhalten. Das ist gewiß ein Zeichen, daß die Tätigkeit der bisherigen Stadtverordneten ganz allgemein nicht befriedigt hat. Die unabhängige Sozialdemokratie war in der alten Stadtverordnetenversammlung nur durch die beiden Genossen P e r s c h o n und P o s c h a d e l vertreten, die zweifellos wiedergewählt werden. Sieht man sich die Kandidatenliste der Rechtssozialisten an, dann ist man überrascht über ihre Zusammensetzung. Von den alten Bekannten haben nur F i n s e l und B r a u n Aussicht auf Wiederwahl. Ein Mann wie Hermann S c h o t t k e, der Jahrzehntlang sich redliche Mühe in der Arbeiterbewegung gegeben hat, rangiert weit hinter dem Novembersozialisten R o s i g und dem Hirsch-Dunkerschen K r i c h a h n. Diese Tatsache wirft ein so eigenartiges Licht auf das innere Gefüge der Scheidemannpartei, daß ihr völliger Zusammenbruch nur eine Frage kurzer Zeit sein kann. Was von wirklichen Sozialisten noch in jenem Lager ist, wird binnen kurzem zur unabhängigen Sozialdemokratie kommen. Jedenfalls ist anzunehmen, daß der Ausfall der Wahlen den Klärungsprozeß, der sich in Elbing nunmehr seit 1 1/2 Jahren vollzieht, zum Abschluß bringt. Den Rest gönnen wir Roste.

### Deutsche Gefangene in Rußland

Briefe und Postkarten für Gefangene, die sich noch im europäischen Rußland befinden, können von den Angehörigen unmittelbar an das Deutsche Rote Kreuz für Gefangenenfürsorge im Otten Kowno, Gedimino Gatwe 11, gerichtet werden oder durch das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz, Abteilung 11, Berlin, Tauentzienstraße 14, nach Kowno eingeschickt werden. Die Korrespondenz wird nach Möglichkeit weitergesandt.

Ferner werden auch vom Deutschen Roten Kreuz, Abteilung für Gefangenenfürsorge im Otten, Kowno, Gedimino Gatwe 11, Nachforschungen angestellt. Derartige Anträge können ebenfalls nach Kowno gerichtet werden.

### Briefbeförderung nach der Ukraine

Das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz, Abteilung für Gefangenenfürsorge, Berlin, Schamhorststraße 35, gibt uns bekannt, daß nach Mitteilung der Mission des Ukrainischen Roten Kreuzes in Berlin, diese nunmehr in der Lage ist, in mäßigem Umfang Briefe nach der Ukraine

zu befördern, jedoch ohne Gewähr für die Frist und Sicherheit der Zustellung übernehmen zu können. Die vorgenannte Mission hat sich bereit erklärt, die Beförderung von Briefschaften zu übernehmen, die dem Zentralkomitee zur Vermittlung eingehen.

### Bahl Steuern!

Eine öffentliche Steuermahnung des Magistrats befindet sich im Anzeigenteil der heutigen Nummer. Wir machen darauf aufmerksam.

### Kein Personenzugverkehr an den Sonntagen

Beginnend mit Sonntag, den 30. November, wird an Sonn- und Feiertagen der gesamte Personenverkehr innerhalb des Direktionsbezirks Königsberg wegen Kohlenmangels eingestellt. Es verkehren künftig an Sonn- und Feiertagen nur die durchgehenden D-Züge von Berlin über Königsberg nach Jasterburg und zurück sowie die D-Züge von Berlin über Allenstein—Eydtkuhnen und zurück. Wie wir hören, wird auch in den benachbarten Direktionsbezirken Danzig und Bromberg in gleicher Weise verfahren.

### Achtung Metallarbeiter!

Zuzug von Metallarbeitern nach Braunschweig ist fernzuhalten, da in der Automobilfabrik von Bü s s i n g in Braunschweig Differenzen mit der Arbeiterschaft wegen Maßregelung von Arbeitern bestehen.

## Ostdeutsche Nachrichten

### Danziger Krankenmehl

In der Danziger Zeitung, dem Organ der zahlungsfähigen Bourgeoisie, schrieb ein Mitglied dieser Gesellschaftsklasse dem Danziger Magistrat dieser Tage folgende Sentenz aus:

„Durch Ihre Zeitung geht wieder einmal eine „trostvolle“ Nachricht. Die weißen Brötchen, deren Ausbacken von den Kranken mit Freuden begrüßt wurde, dürfen auf Anordnung nicht mehr verkauft werden. — Na ja, die Kranken beziehen Krankenmehl. Wissen Sie, was Krankenmehl, wie es der Magistrat der Stadt Danzig ausgibt, ist? Ich habe mir mal, da ich einer von denen bin, die es beziehen müssen, den Spaß gemacht, es chemisch untersuchen zu lassen, da mir als Laien schon immer die fahle Farbe und Schwere des „Mehls“ auffiel, die zur Angabe des Magistrats, es sei reinfestes Weizenmehl, nicht gut stimmen konnte. Daß zu einem ungewöhnlich hohen Prozentsatz Getreidehilfen in dem Mehl vermahlen sind, soll noch zu dem kleineren Uebel gerechnet werden; festgestellt wurde das Vorhandensein von M i l b e n, deren Genuß gerade nicht gesundheitsfördernd sein soll. Das also wagt der Magistrat den Kranken anzubieten! In dieser Zwangslage sah sich der Kranke genötigt, die bei einigen Bäckern vorhandenen weißen Brötchen zu kaufen, die zwar einen etwas kostspieligen, aber doch immerhin beförmlichen Genuß bildeten. Mehl, gutes Weizenmehl ist massenhaft vorhanden und ein Verbot des Verkaufens ist geradezu lächerlich.“

Nun zum Z u c k e r. Die Provinzialstelle behauptet, daß mit Zucker ein umfangreicher Schleichhandel getrieben wird. Inwiefern die Maßnahmen unserer Behörden zur Aufriechtung und Förderung dieses Schleichhandels beigetragen haben, ist in aller Deffentlichkeit so häufig erwähnt und bezeichnet worden, daß sich ein Eingehen auf diese Frage hier erübrigt. Glaubt aber, und das ist das Befürchtliche, die Provinzialstelle im Ernst daran, daß diese im Verhältnis zu den gewaltigen Vorräten an fertigem und an Rohzucker doch nur geringfügigen Mengen, deren sich der Schleichhandel bemächtigt hat, eine so große Rolle spielen, daß Hunderttausenden das auf Marken bezogene Quantum verringert werden muß? Die Provinzialstelle sprach in ihrer letzten „Sitzung“ (es ist von den Behörden in all den vergangenen Jahren nie so viel „gesehen“ worden wie jetzt) davon, daß ein Teil Zucker als Einmachezucker verteilt worden ist. In den großen Städten war, wie auch wohl in den kleineren, von Einmachezucker nichts zu spüren. Und merkwürdig ist auch, wie jetzt alles als hygienisch einwandfrei erklärt wird, dessen Herstellung in früheren Jahren mit teilweise recht erheblicher Freiheitsstrafe bedroht war. Als wenn sich der Organismus des Menschen, der nicht gerade ein Ant in den Ernährungsstellen innehat, geändert hätte! Leider wird, das weiß man ja schon vorher, an den bestehenden Zuständen nichts geändert werden. Eine Aenderung der Ernährungsverhältnisse ist im Augenblick nicht so wichtig, wie eine Aenderung in der Organisation, das allernotwendigste aber ist die Beseitigung jeden Kartenzwanges.“

Recht hat dieser Volksgenosse darin, was er über die Güte des Mehls und des Zuckers sagt. Wenn er aber die Beseitigung des Kartenzwanges fordert, so spricht kraffe Selbstsucht aus ihm. Die Aufhebung der Rationierung würde eine entsetzliche, allgemeine Preissteigerung mit sich bringen und der arbeitenden Bevölkerung die Lebensmittel vollständig entziehen. Der Tag, wo die Regierung die Rationierung der Lebensmittel aufhebt, ist auch der Tag, wo der offene Bürgerkrieg ausbricht. Notwendig ist die **Regelung der Produktion**. Vor diesem Eingriff ist sowohl die Regierung Wilhelms wie die Eberts zurückgeschaut. Darum steht unsere Volksernährung dahin. Solange nicht dem agrarischen Volksausdeutertum die Zähne gezeigt werden, wird dessen Annahmung nur noch stärker werden.

### Ein Bambusier

Der Schlichtungsausschuß D e u t s c h - E y l a u erhielt folgenden Brief:

Elysthal b. Dt.-Eylau, den 5. 11. 1919.  
Schlichtungsausschuß Dt.-Eylau.

Am 2. November erhielt ich durch die Post eine Vorladung: „In Sachen mit Ihren Arbeitern wegen Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten werden Sie zur Bernehmung auf Freitag, den 7. Nov., mittags elfeinhalb Uhr, im Bürgermeisterzimmer vorgeladen.“ Diese Vorladung ist wahrscheinlich irrtümlich an mich gelangt. Arbeitsstreitigkeiten bestehen zwischen mir und meinen Leuten nicht, und wenn sie beständen, würde ich als Brotherr dieselben schlichten. Meine Leute, angehebt durch einen gewissenlosen Hallunken, verlangten von mir eine Nachzahlung, die ihnen angeblich aus einem Normalvertrag zustehen sollte. Die Verträge, die ich mit meinen Leuten vor Martini 19 abgeschlossen, sind für mich allein maßgebend und bestehen zu Recht. Diese Verträge habe ich gehalten, sogar darüber hinaus meinen Leuten pro Familie in Anbetracht der Teuerung eine Teuerungszulage von 100 M. pro Familie gemacht.

Meine Leute verweigerten mir darauf die Arbeit und ich war gezwungen, sie mit Gewalt an die Arbeit zu bringen. Nachteilige Folgen sind daraus nur für meine Leute entstanden, was dieselben auch eingesehen haben. Sollte es ein sogenannter Arbeitersekretär nochmals unternehmen, Unfrieden unter meinen Leuten zu säen und derselbe mir in die Finger fallen, so würde ich ihm mit meinem Bambusrohr eine Lektion erteilen, die ihm die Lust für derartig gewissenlose Handlungen benimmt. Ich habe 12 Jahre mit meinen Leuten in Ruhe und Frieden gelebt und werde diesen Frieden durch solche Schulte nicht stören lassen. Leute, die dummerweise einem Verband angehören, werden in Zukunft von mir nicht mehr in Bohnung und Arbeit genommen. Gern hätte ich persönlich Ihnen meine Ansicht über Normalvertrag und Arbeitersekretäre ausgesprochen, doch hindert mich der eingestellte Personenverkehr daran.

Ergebnis

gez. Wichmann, Amtsvorsteher und Gutsbesitzer.

Dieser freche Brief wurde einer öffentlichen Behörde als Antwort geschrieben. Und der es tat, war ein Amtsvorsteher.

## Wirtschaftliches.

### Der chronische Bankrott

Fast wertlose Papierlappen

Die deutschen Notenpressen arbeiten Tag und Nacht und Spötter meinen, daß durch den Verbrauch der Notendruckmaschinen die allgemeine Papierknappheit hervorgerufen werde. Die hundertfünfzig oder zweihundert Milliarden Mark Schuldverschreibungen, die von der Regierung jeden Tag in der Gestalt neuen Papiergeldes in die Zirkulation geworfen werden, senken natürlich den Wertstand des gesamten umlaufenden Papiergeldes immer mehr. Der Versuch, die Wirtschaft nach kapitalistischen Grundsätzen wieder zum Funktionieren zu bringen, hat heute schon zum Bankrott geführt. Der Staat hat keinen Kredit mehr, seine Schuldverschreibungen sind fast wertlos geworden. Die „Baluta“, das heißt der Wertstand unseres Papiergeldes gegenüber den anderen Staaten zeigt das mit anschaulicher Schärfe. Ein paar Beispiele:

|                                     |            |
|-------------------------------------|------------|
| 100 holländische Gulden             | 280,25 Mk. |
| kosteten im November vorigen Jahres |            |
| sie kosten heute                    | 1105,25 „  |
| 100 schwedische Kronen              |            |
| kosteten damals                     | 192,50 Mk. |
| sie kosten heute                    | 697,44 „   |
| 100 spanische Pesetas               |            |
| kosteten damals                     | 136,50 Mk. |
| sie kosten heute                    | 519,29 „   |
| 100 finnische Mark                  |            |
| kosteten damals                     | 73,50 Mk.  |
| sie kosten heute                    | 128,38 „   |

Die Erzberger und Genossen können an diesem Riesenproblem herumdoktern so viel sie wollen, sie werden es mit ihrem Werkzeug nicht bewältigen.

Auf dem Boden der privatkapitalistischen Gesellschaft wird die deutsche Volkswirtschaft nie wieder zum Erblühen kommen. Aber für die heutige Regierung kommen die neuen Wege, die der sozialistischen Wirtschaft, nicht in Frage. Für sie soll Deutschland wieder erheben als kapitalistischer Staat. Will er das nicht oder geht das nicht, dann haben die Nutznießer der kapitalistischen Wirtschaftsweise überhaupt kein Interesse an seinem Fortbestand. Dann lieber die Katastrophe.

Und die Katastrophe droht mit unheimlicher Gewalt.

## Von nah und fern

### „Unser Kronprinz“ — der Edelmann

Wir haben bereits eingehend die wüsten Orgien geschildert, die sich der ehemalige Kronprinz während des Krieges in seinem Hauptquartier inmitten eines Stabes von Halbweltedamen leistete. Um so lächerlicher mußte es wirken, wenn er gleichsam als post festum sich als Pazifist und „Ethiker“ aufzuspielen versuchte, zumal seine wahre Gesinnung durch einige seiner Telegramme enthüllt werden konnte. Der Vorwärts veröffentlicht jetzt noch ein Telegramm des hoffnungsvollen Kaisersprohls, das ebenfalls ein bezeichnendes Licht auf diesen Heldenjüngling wirft. Das Telegramm, das er am 1. Februar 1915 an den Kaiser-Vater nach Berlin richtete, lautete: „Hoffe, daß der Genuß Edamer Käse und Beschreibung der beiden Damen keine nachteiligen Folgen haben werden. Die gestrigen Kämpfe im Argonnenwald betreffend ist zu melden, daß 1100 gefallene Franzosen vor der Front ge-

funden worden sind, darunter 1 Stabsoffizier und 6 Offiziere an einer Stelle. Regiment 155 muß vollständig aufgerieben sein.“

Ordinäre Alltätigkeiten werden in einem Zuge mit einem tiefen Kampfbericht telegraphiert: 1100 tote Krieger (es waren ja „nur“ Franzosen!) wegen ebensoviel wie das ungetriebene Befinden „Seiner Majestät“, die sich vielleicht den Magen an einem Edamer Käse verdorben haben könnte. Und auch dieser vielversprechende junge Mann zählte zu den „Führern des Volkes“ und schien berufen, dermalenst den Hohenzollernthron zu zieren — wenn . . . ja wenn ihn nicht die Revolution in sein jämmerliches Nichts geworfen hätte.

### Ultimatum an Roske

Unter der Ueberschrift Lausbuben berichtet das amtliche Wolffsche Telegraphische Bureau aus Berlin: „Bei dem Reichswehrminister ist der folgende Brief eingegangen: „Sehr geehrter Herr! Hierdurch stellen wir Ihnen anheim, innerhalb dreier Tage in der Zeitung bekanntzugeben, daß die über „Erzelenz von Lützow“ verhängte Arreststrafe für ungültig und begnadigt erklärt ist, widrigenfalls wir gezwungen wären, unverzüglich in einen Schillerstreik zu treten. Wir hoffen jedoch, daß Sie unserer bescheidenen Bitte Folge leisten werden, und zeichnen ganz ergebenst als der Oberste Schillererrat der vereinigten Gymnasien von Berlin W: Herbert von Felde. Kurt Boelke. Erich von Katinff.“

Daß sich diese deutschnationalen Grünschnäbel bereits mit derartigen Unverschämtheiten herauswagen, ist auch ein Zeichen dafür, daß die Roskeregierung mit wichtigen Errungenschaften der Revolution zugleich auch alles Ansehen verwirkt hat. Wie lange noch, und sie wird vollständig „fertig“ sein.

## An unsere Postbezieher!

Nach Mitteilung der Postbehörde ist unsere Zeitung in den Nachtrag zur Postzeitungsliste eingetragen. Bestellungen werden bereits zum 1. Dezember von jeder Postanstalt entgegen genommen.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnik, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

## Öffentliche Steuermahnung.

Die rückständigen Steuern für das III. Vierteljahr 1919 sind bis **spätestens Dienstag, den 2. Dezember**, zu entrichten. Vom 3. Dezember werden die Steuern kostenpflichtig beigetrieben.

Eine Zustellung von Mahnzetteln findet nicht statt.

Elbing, den 26. November 1919.

Stadthauptkasse.

## Stadt. Realgymnasium mit Realschule.

Der Unterricht wird **Montag, den 1. Dezember**, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, wieder aufgenommen.

Der Direktor.

## Stadt. Lyzeum und Oberlyzeum.

Der Unterricht beginnt wieder am **Montag, den 1. Dezember**.

Der Direktor.

## U.S.P. Elbing.

Donnerstag, den 27. d. Mts., nachmittags 5 Uhr

### Zusammenkunft

### sämtlicher Bezirksführer

zur Empfangnahme des Wahlmaterials im Parteibureau, Spieringstraße 21. Die Parteileitung.

## U. S. P. 2. Bezirk.

Genossen, eilt zu Hilfe!

Donnerstag, den 27. d. Mts., nachm. 5 Uhr im Volkshaus, Kleiner Saal:

## Bezirksversammlung.

Tagesordnung: **Der 30. November.**

Erscheinen ist Pflicht!  
Die Bezirksleitung.

Achtung! Achtung!

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Elbing.

Donnerstag, den 27. November 1919, abends 6 Uhr, im Volkshaus, Billardzimmer

## Bersammlung

aller in der Elektrizitätsindustrie beschäftigten Arbeiter.

Tagesordnung: Stellungnahme zu den bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

die Ortsverwaltung.

Vornehme Herren- u. Damen-Frisier-Galons. Anfertigung von künstlichen Haararbeiten.

A. Günther Am Schmiedetor 1, Eingang Mauerstr., neben der Rgl. Hofapotheke.



## Sammlung für die Rückwandererhilfe.

### Aufruf.

Die Not der auslandsdeutschen Flüchtlinge und Internierten hat ihren Höhepunkt erreicht. Ob sie nach ihrer Rückkehr in Deutschland bleiben werden, ob sie wieder hinausgehen — sie kommen im Vertrauen auf unsere Hilfe. Alle, die an die Zukunft des Deutschen Volkes glauben, müssen mitwirken, daß die Kräfte und Werte des Auslandsdeutschtums der Heimat nicht verloren gehen.

Bergeltet die Treue der auslandsdeutschen Volksgenossen durch reichliche Gaben für die Rückwandererhilfe.

Spenden werden an die unten genannten Sammelstellen erbeten. Elbing, im November 1919.

### Der Ortsauschuß.

Dr. Merten, Oberbürgermeister. Graf von Poladowsky, Landrat. Schmidt, Landgerichtspräsident.

Kreisverein vom Roten Kreuz. Vaterländische Frauenvereine. Deutsch-Evangelischer Frauenbund. Kreisriegerverband.

Nationaler Frauendienst.

Die Frauvereine der evangel., kathol. u. jüdischen Gemeinden in Stadt u. Land Elbing.

**Sammelstellen:** Städtische Sparkasse Elbing. Kreisparlasse Elbing. Danziger Privat-Aktien-Bank, Filiale Elbing. Deutsche Bank, Zweigstelle Elbing. Kasse des Kreisvereins vom Roten Kreuz (Weichant). Otkbank für Handel und Gewerbe, Zweigniederlassung Elbing. Verlag der Elbinger Zeitung.

Der Mittelstand darf aus gewichtigen Gründen Im Stadtparlament sich politisch nicht binden. Es liegt in freier Kraftentfaltung Das Wohl gesunder Volkserhaltung; Wer dieses anstrebt, stimmt daher Nur für die Liste **Wegmann-Zehr.**

## Möbelfabrik Klinger

Neustädt. Schmiedestraße 12/14

empfiehlt vom reichhaltigsten Lager:

Kompl. Küchen von . . . Mk. 350.— bis Mk. 950.—

Waschtische, aufklappbar . . . . . Mk. 45.—

Nachttische, in jedem Farbton . . . . . Mk. 40.—

Stühle von Mk. 28.50 ohne Polsterung,

Stühle von Mk. 36.— mit Polsterung in großer Auswahl

Sofas in friedensmäßiger Verarbeitung und Ia Bezügen von Mk. 475.— an

Chaiselongues aus nur gutem Material von Mk. 280.— an

Tische mit und ohne Züge, und alle andern Möbel

Verkaufsstellen: Neust. Schmiedestr. 12/14

und Filiale Junkerstraße 19

Reelle Bedienung. . . . . Prompte Lieferung.

## Guter Warengostoff

sowie blauer Anzug- od. Kostümgostoff zu verkaufen

## Leeres Zimmer

mit Kochgelegenheit von sofort gesucht. Offert. unter B 23 an die Expedition d. Bl.

## Stadttheater Elbing

Mittwoch, den 26. November:

### Die Faschingsfee

Operette in 3 Akten von E. Kálmán.

Donnerstag, den 24. Novbr.:

### Flachsmann

als Erzähler

Lustspiel in 4 Akten von Otto Ernst.

Empfehle mich zur Anfertigung von Herrengarderoben sowie Änderungen von Zivil und Militär O. Schmidtke, Alter Markt 61, l. rechts.

### 1 eis. Kinderbettstelle

zu verkaufen

Staatz, Holländerstr. 25, l.

## Ausstellung

in Spielwaren, Baumschmuck, Geschenkartikel in größter Auswahl.

J. Grabowsky, Fischerstraße 27.

## Beschäftigungs- und Gesellschaftsspiele,

Bilderbücher, Jugendschriften, Märchenbücher in großer Auswahl.

S. Marcus, Papierhandlung, Alter Markt 63. Fernruf 953.

## Rudolf Ullrich, Elbing

Fernruf 485

Bierbrauerei, Limonadenfabrik empfiehlt

## Süßbier, Selters, Limonaden

## Englisch-Brunnen-Biere

hell und dunkel, in Fässern und in Flaschen. Der Name Ullrich auf dem Flaschenetikette verbürgt beste Qualität u. sauberste Füllung.

## Verandlartons,

Pack- und Pergamentpapier empfiehlt

Baschek, Herrenstr. 36.

Neue hohe

### Damenschuhe,

Gr. 39 (Maßarbeit), Rinderschuhe, Größe 26, 29, 33, Knabenmantel für 6—8 J. und 2 Jahre zu verkaufen Sternstraße 46, p. l.

### Ein neuer Anzug!

preiswert zu verkaufen Fleischerstraße 5, h. r.

### Ein Gofatisch

für alt zu verkaufen Grünstraße 48, hinten.

## Familien-

### Druckfachen

fertigt schnellstens an Buchdruckerei Elbinger Volksstimme.

### Kleiner Laden

sofort gesucht. Offerten unter B 27 an die Expedition d. Bl.

### Elbinger Standesamt

vom 26. November.

Sterbefälle: Stadtermer Ernst Sußdorf 52 J. — Arbeitermitwe Justine Rubin, geb. Heß 87 J.